

**STEFAN RÜB:**

**Die Transnationalisierung der Gewerkschaften.  
Eine empirische Untersuchung am Beispiel der IG Metall**

Berlin 2009

edition sigma, 338 S.

**DIETER SCHOLZ / FRANK SCHMIDT-HULLMANN / ANNE KARRASS /  
HELMUT MARTENS / PIA PAUST-LASSEN / WOLFGANG PIEPER / FRIEDER  
OTTO WOLF (Hrsg.):**

**»Europa sind wir« – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa**

Münster 2009

Westfälisches Dampfboot, 338 S.

**D**ie europäische Integration war bislang in erster Linie ein Prozess der ökonomischen Integration. Ihre zentralen Projekte – der gemeinsame Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion – basieren vor allem auf marktschaffenden Effekten, wohingegen kaum marktkorrigierende Elemente etabliert worden sind. Die soziale Dimension der EU ist verglichen mit dem hohen Grad an wirtschaftlicher Verflechtung nicht weit ausgebaut. Eine zentrale Herausforderung der Zukunft ist die Einebnung dieses Ungleichgewichts durch die Schaffung eines sozialen Europas. Beide hier besprochenen Bücher gehen davon aus, dass den Gewerkschaften als Kollektivvertreter der Arbeitnehmerinteressen, gesellschaftlicher Teilhabeansprüche und sozialer Bürgerrechte hierbei eine Schlüsselrolle zukommt. Während sich die Dissertation von Stefan Rüb am Beispiel der IG Metall mit den innerorganisatorischen Prozessen der Transnationalisierung von Gewerkschaftsarbeit auseinandersetzt, beleuchtet der Sammelband »Europa sind wir« von Dieter Scholz et al. mit Beiträgen von Gewerkschaftern sowie gewerkschaftsnahen Politikern und Wissenschaftlern einzelne europäische Politikbereiche und diskutiert gewerkschaftliche Handlungsoptionen und Strategien.

In einer ausführlichen Herleitung seines Untersuchungskonzeptes kombiniert Rüb theoretische Ansätze der Gewerkschafts-, Institutionalismus- und Governance-Forschung, wobei die Messung von institutionellen Veränderungen nach der von Streeck und Thelen entwickelten Typologie den Schwerpunkt bil-

det. Mittels Interview- und Dokumentenmaterialien möchte das Buch die Frage beantworten, ob Gewerkschaften in der Lage sind, Kapazitäten jenseits der tradierten nationalen Handlungsarenen bereitzustellen und zu steigern. Wenig überraschend findet Rüb eine Bestätigung seiner Eingangsthese, dass Globalisierung und EU-Integration in der IG Metall für eine zunehmende Transnationalisierungsdynamik seit Beginn der 1990er Jahre verantwortlich zeichnen, wobei jeder Integrationsschritt einen weiteren Europäisierungsschub in der Gewerkschaft auslöste. Diese Erkenntnis mag banal klingen, doch die detaillierte Darstellung der Verschiebung von Kräfteverhältnissen in den Arbeitsbeziehungen durch den gestiegenen globalen und vor allem europäischen Konkurrenzdruck und die Nachzeichnung der ersten Schritte zur Entwicklung von Elementen der industriellen Demokratie auf europäischer Ebene überzeugt durch ihre wissenschaftliche Solidität. Dem steht im Sammelband von Scholz et al. quer durch die Beiträge die verallgemeinernde Anklage der Gewerkschaftsbewegung gegen das angeblich allein auf die Förderung von Kapitalinteressen ausgerichtete Projekt der europäischen Integration entgegen. Die »neoliberale Wende« (S. 22) in der europäischen Politik wird mit dem Auftreten von Margaret Thatcher in den 1980er Jahren verortet und als Ziel des neuen Leitbilds der seitdem erfolgenden Integrationschritte einerseits die Förderung der Kapitalinteressen und andererseits die Schwächung der Gewerkschaften vermutet. Während Rüb mit EU-Sozialdialogen und Europäischen Betriebsräten zentrale grenzüberschreitende Aktionsfelder der Gewerkschaften benennt, werden bei Scholz et al. folgenlose Konsultationsverfahren und restriktive Rechtsregeln zur Einschränkung der Organisations- und Kampfform angeprangert.

Die zweite These von Rüb zeigt den grundsätzlichen Unterschied in der Argumentation zwischen beiden hier besprochenen Werken auf: Transnationalisierung wird hier nicht als radikaler Wandel der strategischen Ausrichtung der Gewerkschaft verstanden, sondern als inkrementelles Einarbeiten in die neuen Anforderungen. Genau dies kritisieren Scholz et al. als Unterordnung gegenüber den wirtschaftsliberalen Grundzügen des Europaprojektes und fordern nicht weniger als ein »anderes Europa«. Dies impliziert einen radikalen Wandel der Aufgeschlossenheit der Gewerkschaften gegenüber dem Integrationsprozess und eine kritische Distanzierung vom aktuellen Europaprojekt und kulminiert in der konkreten Ablehnung des Vertrags von Lissabon. Hier meint man Positionen der Partei Die Linke herauszuhören, und in der Tat sind einige der Autoren hier politisch aktiv. Zumindest für die IG Metall stellt Rüb jedoch fest, dass sie dem Modell des »integrative unionism« (S. 289) folgt: Das Wettbewerbsprinzip des Integrationsprozesses soll nicht beseitigt, sondern sozial und politisch überformt werden. Dort, wo der Handlungsdruck durch Binnenmarktintegration, WWU und Osterweiterung größer wurde, hat sich die Gewerkschaft der Transnationalisierung geöffnet. Dies wird sehr ausführlich an den Beispielen der Europäischen Betriebsräte und der europäischen Tarifkoordination gezeigt. Die Europäisie-

rung von Großunternehmen, wie zunächst in der Automobilindustrie, hat seit den 1990er Jahren zum Ausbau des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds (EMB) als Kommunikations- und Koordinierungsplattform für die transnational agierenden Betriebsräte geführt. Im Bereich der tariflichen Koordinierung sorgten die Angst vor einem lohnpolitischen Unterbietungswettbewerb und die Drohkulisse der Arbeitgeber zur Produktionsverlagerung zu einer eingegrenzten und kontrollierten Europäisierung.

Die oben dargestellte Dissonanz zwischen dem Umgang mit den externen Gegebenheiten der EU-Integration einerseits und ihrer Ablehnung andererseits hebt sich bei Einbeziehung der zeitlichen Dimension teilweise auf. Während der Untersuchungszeitraum von Rüb 2005/6 ist, arbeitet der Sammelband just jene europapolitischen Themen auf, die erst in den letzten drei, vier Jahren eine größere politische Brisanz erfahren haben: So beschreibt Sigried Skarpelis-Sperk die Problematik der Dienstleistungsrichtlinie; Anne Karras informiert über die Priorisierung der Binnenmarktfreiheiten gegenüber Arbeitnehmerrechten in den jüngsten EuGH-Urteilen Laval, Viking, Ruffert und Luxemburg; Karl Georg Zinn erinnert an die Hintergründe der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise; Klaus Dräger diskutiert die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, und Pia Paust-Lassen nimmt die europäischen Vereinbarungen zur Umwelt- und Energiepolitik kritisch unter die Lupe. Ist diese gelungene thematische Aufarbeitung zusammengenommen nun der Hebel für einen neuen Europäisierungsschub der Gewerkschaften? Abseits der kaum kaschierten Aufforderung zur Ablehnung des derzeitigen Integrationsprozesses finden sich bei Scholz et al. konkrete Vorschläge für das im Titel des Bandes angesprochene »andere Europa«. Dazu gehören die Eindämmung des Steuerwettbewerbs innerhalb der EU und die Forderung nach einer europäischen Finanztransaktionssteuer (Claus Matecki/Susanne Uhl), die Fokussierung prekärer Arbeit (Annelie Buntenbach) und die Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung (Frank Bsirske). Mehrfach wird die Notwendigkeit zur besseren Koordinierung der Tarifpolitiken in der EU angesprochen und trifft auf einen ähnlichen Befund von Rüb, der feststellt, dass die bisherige Tarifkoordinierung in erster Linie eine symbolische Bedeutung als zusätzlicher Begründungskontext in der nationalen Tarifpolitik besitzt.

Rübs Dissertation ist dort am interessantesten, wo sie die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer transnational aufgestellten IG Metall aufdeckt. Sowohl bei den Europäischen Betriebsräten wie bei der europäischen Tarifkoordinierung konnte die IG Metall das deutsche Modell innerhalb des EMB verankern und somit die eigenen Standards sichern. Dieser institutionelle Erfolg hat laut Rüb aber dazu geführt, dass neue Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge bislang nicht systematisch innerorganisatorisch verankert wurden. Die lokale Gewerkschaftsebene arbeite weiterhin völlig unberührt von den europäischen Zusammenhängen, die allein von der Zentrale bedient würden und deren Experten nicht über die Ressourcen verfügen, die relevanten unternehmens- und

tarifpolitischen Entscheidungsträger von der Einhaltung und Umsetzung der transnationalen Verpflichtungen zu überzeugen. Zu groß seien die inhärenten Interessenkonflikte, zu umfassend der erforderliche innerorganisatorische strategische Umbau, um eine europäische Koordinierungslogik nachhaltig zu verankern. Zu Recht kritisiert Rüb diesen widersprüchlichen Prozess, der die Europäisierung betreibt und gleichzeitig die bisherigen Kräfteverhältnisse unberührt lassen möchte und fallweise eine nationale oder transnationale Handlungslogik in Gang setzt. Eines vermisst man bei dieser insgesamt sehr penibel aufgezeichneten Untersuchung, die den Politikwissenschaften ein Forschungsgebiet von hoher Relevanz und Zukunftsfähigkeit erschließt: Es bleibt mit der Betrachtung von internationalen Rahmenvereinbarungen, europäischen Betriebsräten und der Tarifkordinierung bei einer Konzentration auf drei Aspekte gewerkschaftlicher Politik sowie bei der alleinigen Analyse des Falls IG Metall. So bleibt zum einen fraglich, ob die interessanten Einblicke, die das Buch gewährt, auf die Gewerkschaften anderer Branchen in Deutschland übertragbar beziehungsweise ob sie auch in anderen europäischen Ländern ähnlich beobachtbar sind. Der Autor ist sich dieses Problems bewusst und sieht am Ende seines Werks den Erkenntnisgewinn vor allem in der Entwicklung und beispielhaften Anwendung seines Untersuchungskonzeptes. Dies ist in der Tat Verdienst genug auf einem bislang wissenschaftlich kaum beleuchteten Feld, doch der Titel des Buchs weckt beim geneigten Leser Interesse an mehr. Dies ist – zum anderen – die sehr kurz geratene Einbettung der analytischen Ergebnisse in den Zusammenhang europäischer Integration. Transnationalisierung findet bei der IG Metall zuförderst im europäischen Rahmen und eher als Reaktion denn als vorausschauender Schritt statt, hat Rüb festgestellt. Wie passt dies zusammen mit dem Anspruch der Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Kräfte, die sich nach eigenen Angaben aktiv um die Gestaltung des sozialen Europas kümmern? Rüb lässt diese Frage offen und konzentriert sich auf dezidiert arbeitnehmer- und damit gewerkschaftsrelevante Einzelthemen. Er schlägt insbesondere die europäische Koordinierung von Unternehmenspolitiken bei Umstrukturierungsmaßnahmen als möglicherweise bedeutendes Feld für eine stärkere Europäisierung der Gewerkschaften vor.

Dem gegenüber werden in Scholz et al. ganz andere Töne angeschlagen. Als rotes Band zieht sich die Kritik der aktuellen Integrationsentwicklung durch die Beiträge. Man merkt ihnen die Wut und die Enttäuschung über die EU als ein vornehmlich ökonomisches Projekt an. Ganz ehrlich ist diese Klage nicht, bedenkt man, dass die als Wettbewerbstreiber kritisierten Großprojekte der jüngeren Integrationsgeschichte, wie die WWU, die EU-Osterweiterung und das Vertragswerk von Lissabon, allesamt die breite Zustimmung der deutschen Gewerkschaftsbewegung fanden. Natürlich kann man seine Position ändern, doch die den Gewerkschaften angediente »Wünsch-dir-was«-Rhetorik, die EU »sollte« dies und das, wie sie das Attac-Mitglied Christian Felber formuliert, ist in dieser Situation ebenso wenig hilfreich wie die Aufforderung von Judith Dell-

heim von der Partei Die Linke zum Eintreten für den politischen Streik oder gar die abstruse Erörterung eines europäischen »Militärkeynesianismus« von Ingo Schmidt. Der Band mit seinem thematisch wie qualitativ bunten Sammelsurium an Beiträgen ist an jenen Stellen zukunftsweisend, an denen nicht nur geklagt wird oder realitätsferne Wünsche an eine bessere europäische Zukunft formuliert werden, sondern an denen die Herausforderungen für die gewerkschaftliche Organisation und Themensetzung direkt angesprochen werden. Dies geschieht explizit in den Beiträgen von Frank Schmidt-Hullmann und Hans-Jürgen Urban. Reflektierend und konzeptionell wird hier offen die Furcht der Gewerkschaften formuliert, als schlechte Europäer dazustehen und es werden die Möglichkeiten einer pro-europäischen Europakritik erörtert. Die Gewerkschaftsbewegung müsse raus aus der Defensive und offensiv für ihre Vision eines sozialen Europas kämpfen. Dazu sei zunächst Definitionsarbeit zu leisten, wie eine europaweit gültige Vision eines gewerkschaftlichen Europas aussieht. Damit werde man aber unweigerlich Kompetenzfragen berühren und bisher als gesetzt geltende Überzeugungen grundsätzlich in Frage stellen. Schonungslos werden die eigenen Schwächen angesprochen, wie etwa die fehlende Unterstützung der europäischen Lobbyarbeit, die mangelnde Konzentration auf die wesentlichen Politiken und der ewige Zwang zum Kompromiss. Diese Befunde sind kongruent zu den von Rüb analysierten verzagten und den realen Integrationsentwicklungen hinterherhechelnden Europäisierungsversuchen in der Metallgewerkschaft. Für Urban, selbst geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, stehen die Gewerkschaften heute am Scheidepunkt zwischen der weiteren Unterstützung des integrationspolitischen Mainstreams, in dem sie sich »ab und an zu Fragen einer unzulänglichen Sozialpolitik zu Wort melden« (S. 315), und der Entwicklung einer eigenen Vision von Europa, deren Grundlage der Widerstand gegen die bereits begonnene Radikalisierung des negativen Integrationsprozesses und seine Erweiterung um marktkorrigierende Elemente der positiven Integration ist. Vor dem Hintergrund einer so anvisierten pro-europäischen Europakritik kann man auch einige der übrigen Beiträge aus Scholz et al. in milderem Lichte betrachten.

In den Gewerkschaften beginnt es zu brodeln. Sie sehen die europaweit koordinierte Arbeitnehmervertretung als dringende Notwendigkeit, gerade in Zeiten der Krise und der damit einhergehenden unternehmerischen Umstrukturierung. Das Beispiel Opel zeigt anschaulich die Wichtigkeit einer starken europäischen Betriebsratsarbeit. Sie sehen auch den Bedarf an einem alternativen Wirtschafts- und Sozialmodell für die EU, das sie angesichts der ökonomischen Realitäten des Integrationsprozesses dringender denn je entwickeln und bewerben müssen. Dass dies innerorganisatorisch ein weiter und entbehrungsreicher Weg hin zu einer gewerkschaftlichen Europavision und der Ableitung konkreter politischer Ziele wird, versuchen einige Akteure durch laute Schuldzuweisungen und Absetzungsbewegungen zu übertünchen, andere entwickeln erste »Bausteine für ein Soziales Europa« (Ottmar Schreiner/Anne Karrass, S. 193ff). Eine dritte Gruppe wiederum

zeigt eine ambivalente Herangehensweise an den Integrationsprozess, indem sie einerseits die Europäisierung feiert, andererseits die bisherigen national determinierten Machtverhältnisse und Strukturen unberührt lassen möchte. Es ist das Verdienst von beiden hier besprochenen Büchern, uns diese Widersprüchlichkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung aufzuzeigen. Während sich Rüb eher an ein wissenschaftlich versiertes und interessiertes Publikum wendet, möchten Scholz et al. einen politischen Standpunkt verdeutlichen und innerhalb der Gewerkschaften einen Europadiskurs anstoßen. Verstärkt sollten die Möglichkeiten einer offensiven europapolitischen Strategie der Gewerkschaften diskutiert werden – nicht nur in Deutschland, sondern in allen Mitgliedstaaten der Union. Viel umfassender als bislang muss das soziale Europa in diesem Kontext konkretisiert und als übergeordnetes Ziel in der Strategie der Gewerkschaften sowie bei den Funktionären und Mitgliedern verankert werden. Hier zeigt sich ein spannendes Diskurs- und Forschungsfeld, das an Relevanz gewinnen wird, solange die EU eine Asymmetrie zwischen ökonomischer und sozialer Integration aufweist.

*Björn Hacker,  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*

## **SEBASTIAN DULLIEN / HANSJÖRG HERR / CHRISTIAN KELLERMANN:**

### **Der gute Kapitalismus**

#### **... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste**

Bielefeld 2009

Transcript, 242 S.

**B**ücher über die internationale Finanzkrise füllen inzwischen ganze Regale. Es fällt Wirtschaftsjournalisten und Ökonomen erkennbar schwer, das Jahrhundertereignis unkommentiert zu lassen. Nicht immer tragen die Verlautbarungen indes zur Aufklärung bei – und wenn sich schon Händler an der Frankfurter Börse berufen fühlen, über Wirtschaftspolitik zu schreiben, liegt der Verdacht nahe, dass sich am Markt für Krisenliteratur eine Blase herausbildet.

Sebastian Dullien, Hansjörg Herr und Christian Kellermann haben nun ein weiteres Buch zur Krise vorgelegt. Es hebt sich in vielerlei Hinsicht positiv von der Masse ab. Während die meisten Autoren klare Schlussfolgerungen meiden, werden Dullien, Herr und Kellermann an den entscheidenden Stellen konkret. Ihre Analyse ist klar, durch empirische Daten gestützt und nachvollziehbar – und fördert immer wieder überraschende Einsichten zu Tage. Das Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die die tieferen Ursachen der Misere verstehen wollen und auf der Suche nach Alternativen zur Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre sind.

Zentrale These der Autoren ist, dass der Ursprung der Finanzkrise nicht nur in der laxen Regulierung der Finanzmärkte, sondern in falschen – aber im Prinzip

reversiblen – politischen Weichenstellungen der vergangenen 40 Jahre zu suchen ist. Diese Krise ist also keine Krise der Marktwirtschaft an sich, sondern die Krise einer pervertierten Form der Marktwirtschaft. An die Stelle des instabilen und nur einer superreichen Elite nützenden Kasinokapitalismus soll ein stabiler Kapitalismus treten, der den Wohlstand der breiten Massen mehrt: der gute Kapitalismus.

Es hat diesen Kapitalismus schon einmal gegeben. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war die Wirtschaft in den Industriestaaten von einem starken Sozialstaat und strengen Regeln für die Finanzmärkte geprägt. Auch die USA waren letztlich eine Mittelklassegesellschaft, in der absolute Armut und extremer Reichtum nur vereinzelt auftraten. Dieses Modell bescherte der Weltwirtschaft eine lange Phase des Wachstums und »eine ganze Reihe von Wirtschaftswundern«.

Seit den unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher eingeleiteten angebotspolitischen Reformen ist der Staat jedoch auf dem Rückzug – mit verheerenden Folgen, wie die Autoren meinen. Sie zeigen, wie die Schwächung der Gewerkschaften und die angebotsorientierten Reformen in der Steuer- und Sozialpolitik zu einem Anstieg der sozialen Ungleichheit geführt haben. Das sei nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen problematisch, sondern habe die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte befördert. In den USA nahmen die verfügbaren Einkommen gerade bei jener Einkommensschicht nur gering zu, die einen Großteil ihres Lohns für den Konsum ausgibt. Infolgedessen konnte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur auf Kredit aufrechterhalten werden. Die Notenbank Federal Reserve musste die Kreditexpansion tolerieren, da andernfalls ein Anstieg der Arbeitslosigkeit oder sogar die Deflation drohte. Zu kurz gegriffen sei deshalb die Kritik an der von Alan Greenspan betriebenen Politik des billigen Geldes.

Die konservative Revolution erreichte Deutschland verspätet, aber mit voller Wucht. In den neunziger Jahren erodierte die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften, unter Gerhard Schröder wurde der Arbeitsmarkt liberalisiert. Ergebnis war eine »beispiellose Veränderung der Lohnstruktur«. Der Niedriglohnsektor explodierte und die Reallöhne stagnierten – ein Grund für den schwachen Konsum und die Abhängigkeit vom Export. Als ähnlich fatal habe sich die Deregulierung internationalen Kapitalverkehrs nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods erwiesen. Um sich vor den Ausschlägen der globalen Kapitalströme abzusichern, häuften Länder wie China durch eine gezielte Förderung des Exports Leistungsbilanzüberschüsse an. Diese Überschüsse wurden in amerikanischen Wertpapieren angelegt und befeuerten damit dort die Übertreibung. »Ein stabileres Weltfinanzsystem hätte diese Strategie überflüssig gemacht.«

Die neoliberale Wende, so die Autoren, wurde zwar durch die krisenhaften Ereignisse der 1970er Jahre – zum Beispiel den Ölpreisschock – begünstigt. Sie war aber nicht ökonomisch zwangsläufig, sondern im Kern Ergebnis politischer Entscheidungen. »Das goldene kapitalistische Zeitalter zerbrach, weil die dama-

ligen linken Bewegungen nicht in der Lage waren, hergebrachte Institutionen so zu reformieren, dass sie mit wirtschaftlicher Stabilität vereinbar waren.« Daraus folgt, dass es möglich ist, das System auch wieder zu verändern. Das Buch von Dullien, Herr und Kellermann ist gewissermaßen der Versuch, das Wirtschaftsmodell der Nachkriegszeit auf das 21. Jahrhundert zu übertragen.

Sie empfehlen die Wiederherstellung einer ausgeglichenen Einkommensverteilung durch staatliche Mindestlöhne, eine stabilitätsgerechte Lohnsteigerungsrate – definiert als Summe aus Produktivitätsanstieg und Inflationsrate – und eine angemessene Umverteilung der Markteinkommen: »Die Kaufkraft, die in entwickelten Volkswirtschaften die zentrale Nachfragequelle ist, sollte auf einer relativ ausgeglichenen Einkommensverteilung beruhen und nicht auf einer Expansion von Konsumentenkrediten.« Sie wollen die Sanierung der Sozialsysteme durch die Mitgliedschaft aller Einkommensbezieher in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Sie machen sich für eine Kontrolle der Finanzmärkte durch höhere Eigenkapitalanforderungen, das Verbot von Offshore-Zentren und die Abkehr von der Zeitwertbilanzierung stark. Und sie fordern den Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung durch die Rückkehr zu stabilen Wechselkursen und Kapitalverkehrskontrollen, eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik und ein klares Regelwerk für die Anpassung bei Leistungsungleichgewichten.

Trotz ihrer sozialdemokratischen Grundüberzeugungen sind die Autoren Pragmatiker. Sie wollen kein anderes Wirtschaftssystem. Es ist gewissermaßen der Clou ihrer Argumentation, scheinbar widersprüchliche Ziele der Wirtschaftspolitik als identisch zu begreifen. So ist die Frage nicht soziale Gerechtigkeit oder Wachstum, weil nur eine gerechte Einkommensverteilung für stabiles Wachstum sorgen kann. Märkte sind dabei nicht nur ein effizienter Mechanismus für die Allokation knapper Ressourcen; sie erfüllen eine emanzipatorische Funktion: »Alle bisherigen Gesellschaften waren weitaus mehr durch direkte Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Menschen geprägt als Marktgesellschaften.«

Die Stärke des Buchs ist der vorurteilsfreie Blick auf die Empirie und ein tiefes Verständnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Immer wieder räumen sie mit verbreiteten Mythen der Wirtschaftspolitik auf. So zeigen sie, warum die Umstellung von einer umlagefinanzierten auf eine kapitalgedeckte Altersvorsorge an sich die Finanzierungsprobleme einer alternden Gesellschaft nicht löst: »In einer geschlossenen Ökonomie wird die jüngere Generation immer vollständig für die ältere Generation aufkommen müssen. Denn in jeder Zeitperiode produziert eine Gesellschaft ein gewisses Sozialprodukt, das zwischen Jungen und Alten aufgeteilt werden muss.«

Vorzuwerfen ist den Autoren, etwas viel Verständnis für die Rolle Chinas aufzubringen. Die exportorientierte Politik der Regierung in Peking ist nicht nur eine Reaktion auf ein ungerechtes Weltwährungssystem – es handelt sich auch um eine knallharte Expansionsstrategie auf Kosten der Handelspartner.

Einige der Positionen dürften vor allem im linken Lager auf Skepsis stoßen. So argumentieren Dullien, Herr und Kellermann, dass ein modernes Finanzwesen über die Schöpfung von Kredit Wachstum und Wohlstand befördert. »In einer Geldwirtschaft mit funktionierendem Finanzsystem ist es nicht notwendig, dass vor Investitionen Ersparnisse gebildet werden. Investitionen schaffen vielmehr durch die angeregte Einkommensbildung eben jene Ersparnisse.« Es könne deshalb nicht darum gehen, ein minimalistisches Kreditgewerbe oder eine Welt ohne Schulden anzustreben. Auch zeigen sie, wie die Liberalisierung von Märkten für Produkte und Dienstleistungen, zum Beispiel im Telekommunikationssektor, die Innovationskraft fördern kann. Wachstumskritik wird man in dem Buch vergeblich suchen.

Derlei Tabubrüche machen allerdings den Reiz des Buches aus. Man kann »Der gute Kapitalismus« als Manifest für eine moderne sozialdemokratische Politik lesen, als ein Plädoyer dafür, die Dynamik der Marktkräfte für den Menschen nutzbar zu machen – statt sich ihnen zu unterwerfen oder sie zu ersticken.

*Mark Schieritz,  
Die Zeit, Frankfurt*

**ABRAHAM F. LOWENTHAL / THEODORE J. PICCONE /  
LAURENCE WHITEHEAD (Hrsg.):**

**The Obama Administration and the Americas. Agenda for Change**

Washington D.C. 2009

The Brookings Institution Press, 234 S.

**E**s waren versöhnliche Töne, die Präsident Obama im April 2009 in seiner Rede beim Amerikagipfel in Trinidad und Tobago anschlug: ein »Neuanfang« mit Kuba, eine »Partnerschaft auf Augenhöhe« mit der Region Lateinamerika und außerdem »shake hands« mit Chávez, dem schärfsten Kritiker der USA. Erleben wir also derzeit die ersten Anzeichen einer Wende in Washingtons Lateinamerikapolitik oder war die medial inszenierte Freundschaftsoffensive rein symbolischer Natur?

Ein Plädoyer für eine umfassende Politik des »Wandel[s] durch Annäherung« hat The Brookings Institution, einer der führenden Think Tanks der USA, mit dem Sammelband »The Obama Administration and the Americas. Agenda for Change« vorgelegt. Die Autoren zeichnen darin ein hoffnungsvolles Bild einer neuen Partnerschaft zwischen den USA und den lateinamerikanischen sowie karibischen Ländern. Die USA können noch immer einen bedeutenden Einfluss auf die Art der demokratischen Entwicklung in Lateinamerika haben – so der Tenor der Beiträge –, wenn sie geduldig sind, multilateral agieren und ihre Herangehensweise auf die Heterogenität der Region und der Probleme abstimmen.

Der Sammelband, der vor dem ersten Auftritt des neuen amerikanischen Präsidenten beim fünften Gipfeltreffen amerikanischer Staaten erschien, umfasst sechs Länderstudien und gibt für jedes dieser Länder weitreichende Handlungsempfehlungen. Mittels dieser Studien hegen die namhaften Herausgeber Abraham Lowenthal, Theodore Piccone und Laurence Whitehead den Anspruch, Regierung, Kongress und NGOs einen Weg aufzuzeigen, wie den Defiziten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in den Ländern Lateinamerikas gezielter begegnet werden kann.

Inhaltlich gliedert sich die Publikation in zwei Teile. Den Auftakt bilden drei »overview essays« von Lowenthal, Zovatto und Piccone. Darin geben sie unter anderem zu bedenken, dass die Region Lateinamerika bedeutend für das tägliche Leben der Nordamerikaner sei, selbst wenn sie für die US-amerikanische Außenpolitik kein »urgent issue« darstelle – also weder eine Gefahr für die Sicherheit der USA noch Ziel oder Zufluchtsort von Terrornetzwerken sei. Denn beide Amerikas seien neben der wirtschaftlichen Interdependenz auch durch transnationale Herausforderungen wie Energiesicherheit, globale Erwärmung und Drogenkriminalität miteinander verbunden, denen sich weder die USA noch die Region Lateinamerika alleine stellen könne. Außerdem erfordere die lateinamerikanische Migration in die USA zudem eine gemeinsame Inangriffnahme der sich daraus ergebenden komplexen Themen, die – wie beispielsweise der Drogen-, Waffen- und Menschenhandel – sowohl internationale als auch nationale Auswirkungen hätten.

Lowenthal und Zovatto ermutigen daher die Obama-Regierung und den Kongress dazu, mit den Ländern Lateinamerikas Kooperationsvereinbarungen für gemeinsame Interessen und Herausforderungen zu treffen. Außerdem betonen sie die Notwendigkeit, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und ihre interamerikanische Demokratiecharta zu stärken. Für eine Konsolidierung demokratischer Strukturen in Lateinamerika seien gemäß Piccone multilaterale Herangehensweisen und internationale Kooperation dringend erforderlich.

Der zweite Teil des Bandes umfasst Artikel renommierter Autoren aus Europa, Lateinamerika und den USA zu den sechs Ländern, die gemäß der Interpretation der Herausgeber im Hinblick auf Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsdefizite als besonders herausfordernd gelten: Kolumbien, Haiti, Kuba, Venezuela, Bolivien und Mexiko. Anhand dieser Fallbeispiele werden jeweils Vorschläge für eine nuanciertere Lateinamerikapolitik unterbreitet.

Zwei Kapitel widmen sich den Staatlichkeitsdefiziten in Kolumbien. Shifter und Pardo betonen dabei gleichermaßen, dass es unter der Regierung Uribe zwar Fortschritte gegeben habe. Trotzdem bestehe dringender Handlungsbedarf in Bezug auf eine Reihe von demokratiegefährdenden Faktoren wie dem Drogenhandel, den extralegalen Hinrichtungen, der aufsteigenden wirtschaftlichen und politischen Macht des Paramilitärs und ihren Verbindungen zur Regierung. Aus diesem Grund spricht sich Shifter für eine Abkehr der überwiegend militärischen

Unterstützung bei der Drogenbekämpfung aus und für eine größere finanzielle Zuwendung hinsichtlich der Entwicklungshilfe. Shifter und Pardo sind sich darüber einig, dass mit Europa und den internationalen Organisationen zusammengearbeitet werden muss.

Erikson und Valdés identifizieren Haiti aufgrund seiner akuten wirtschaftlichen und sozialen Krise als einen weiteren Problemstaat. Haiti weise einen beständigen »Migrationsstrom« nach Florida auf und sei zudem ein wichtiger Umschlagplatz für kolumbianisches Kokain und Waffen. Beide machen auf den dringenden Bedarf internationaler Hilfe zur Etablierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufmerksam und raten zu einem multilateral eingebetteten, langfristigen US-Engagement in Haiti.

In den US-kubanischen Beziehungen werden wegen des Regierungswechsels in den USA und Fidel Castros Rückzug von der Staatsspitze die größten Veränderungen erwartet. Pérez-Stable fordert in ihrer Länderanalyse eine Abkehr vom US-amerikanischen Konfrontationskurs gegenüber Kuba und plädiert für eine Einigung der internationalen Akteure auf gemeinsame Maßnahmen. Denn die USA, die EU und viele Länder der westlichen Hemisphäre verfolgten dasselbe Ziel: die Etablierung demokratischer Staatsführung und stabiler Rechtsstaatlichkeit auf Kuba. Pérez-Stable rät unter anderem zu einer Lockerung des Embargos und zu einer Wiederaufnahme Kubas in die OAS. (Inzwischen hat die OAS die Suspendierung der Mitgliedschaft Kubas bereits aufgehoben.) In einem weiteren Beitrag zu Kuba greift Hoffmann die heikle Frage auf, ob jenseits der von Präsident Obama angekündigten Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo Bay auch der Marinestützpunkt als solcher an Kuba zurückgegeben werden soll. Die Forderung nach einer Rückgabe des Territoriums sei international noch nicht auf der Agenda und könne gerade daher als ein kraftvolles Symbol für eine neue und positivere Politik gewertet werden. Hoffmann warnt aber ausdrücklich davor, die Übertragung von Guantánamo Bay an Kuba an andere Forderungen zu knüpfen.

Im Fall Venezuela und Bolivien raten McCoy und Gray Molina der Obama-Regierung vor allem zu einer Deeskalationsstrategie. Die USA sollten eine Politik der Annäherung verfolgen und weder Venezuela noch Bolivien isolieren oder konfrontieren, da die USA in Venezuela wichtige strategische Interessen verfolgen: Öl, Drogenbekämpfung und Sicherheit. Für Bolivien weist Gray Molina auf die Notwendigkeit internationaler Hilfe gerade im Bereich der Institutionenbildung und der Förderung effektiver Regierungsführung hin. Des Weiteren sprechen sie sich – wie auch alle anderen Autoren – für eine außenpolitische Wende in Richtung Multilateralismus aus und für eine US-amerikanische Außenpolitik, die anderen Staaten respektvoll und in beratender Funktion gegenübertritt.

Wegen seiner geographischen Nähe ist Mexiko für die USA von besonderer Bedeutung. Magaloni und Elizondo betonen in ihrem Artikel, dass sich die staatlichen Defizite Mexikos unmittelbar auf die USA auswirken würden und mexikanische Drogenkartelle eine sicherheitspolitische Herausforderung für die Verein-

ten Staaten darstellen. Allerdings weisen die Autoren auch darauf hin, dass die große Drogennachfrage in den USA und der stetige, illegale Waffen- und Geldtransport an die mexikanischen Drogenbanden zu den Hauptgründen für den Erhalt organisierter Kriminalität in Mexiko zählen. Der neuen US-Administration raten sie zu multilateraler Kooperation, zu einer strengeren Kontrolle des Waffenhandels und dazu, ökonomische Anreize zu schaffen, die zur Stabilisierung Mexikos beitragen könnten.

The Brookings Institution leistet mit dieser Publikation einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der vielschichtigen Probleme und Herausforderungen in den Amerikas und gibt außerdem wichtige Handlungsempfehlungen für die US-Administration, den komplexen Anforderungen in der Region zu begegnen.

Allerdings erschließt sich für den Leser leider nicht, nach welchen Kriterien die Auswahl der behandelten Länder erfolgte. Zovatto führt beispielsweise in seinem »overview essay« Ecuador als ein Land ein, das gravierende Probleme in der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufweist und politisch besorgniserregend ist. In den Länderanalysen ist es allerdings nicht zu finden. Ungeklärt bleibt ebenso, warum Kolumbien, Haiti und Kuba jeweils zwei Artikel gewidmet wurden, hingegen Venezuela, Bolivien und Mexiko nur einer. Zumal jeweils beide Analysen bei Kolumbien und auch bei Haiti analog aufgebaut sind, die Wissenschaftler zu sehr ähnlichen Defizitanalysen kommen und sich auch ihre Handlungsempfehlungen wenig voneinander unterscheiden. Darüber hinaus weisen die drei einführenden Essays und der an die Länderstudien anschließende Beitrag von Whitehead viele redundante Elemente auf. Whitehead hebt nur noch ein weiteres Mal die Notwendigkeit für die USA hervor, multilateral zu agieren, langfristiges Engagement zu zeigen und den demokratiegefährdenden Faktoren der jeweiligen Länder durch auf sie zugeschnittene Strategien zu begegnen. Außerdem greift er lediglich die grundsätzlichen Überlegungen der Autoren der Länderstudien erneut auf und versäumt es, seine Ausführungen zu konkretisieren oder weitere Denkanstöße zu geben.

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum nicht auf Repetitionen verzichtet und gleichfalls die Länderstudien um zusätzliche Staaten erweitert wurden. Erwägenswert wäre etwa gewesen, Brasilien als »Stabilitätsanker« der Region in den Konsolidierungsempfehlungen zu berücksichtigen. Denn gerade weil Lateinamerika für die USA nicht zu den »urgent issues« gehört und die neue Regierung nicht mehr Zeit und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen wird, könnte Brasilien als strategischer Partner der USA zusätzlich herangezogen werden.

Trotz dieser Einwände überzeugt die von Brookings präsentierte »Agenda for Change« sowohl wegen ihrer inhaltlich hochwertigen Studien als auch wegen ihrer interessanten Handlungsempfehlungen für eine konstruktivere Beziehung zwischen den USA und Lateinamerika.

Doch ob sich die Lateinamerikapolitik der USA tatsächlich verändern wird und ob der fünfte Gipfel der Amerikas der Startschuss für diese Entwicklung war,

bleibt abzuwarten. Denn angesichts der großen Begeisterungswelle für den neuen US-Präsidenten wird oftmals übersehen, dass Obama wichtige Entscheidungen nicht im Alleingang treffen kann, sondern der US-Kongress ebenfalls über weitreichende Kompetenzen verfügt. Darüber hinaus gewann die Region Lateinamerika in den vergangenen Jahren an politischer Unabhängigkeit, und ihre staatlichen Akteure vertreten zunehmend selbstbewusster ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen.

*Lena Wörrlein,  
Hamburg*

## **BROOKE HARRINGTON:**

### **Pop Finance – Investment Clubs and New Investor Populism**

Princeton 2008

Princeton University Press, 242 p.

**A**s the disastrous social consequences of the current financial crisis emerge, much has been written recently about political shortcomings and failures to regulate financial markets at the macro-level. Discussions about financial institutions such as the stock market are often presented in very technical terms in both the academic literature and in public discourse. The focus on financial markets as a technical macro-level phenomenon neglects, however, an understanding of what these markets actually are, above all, their social underpinnings. In »Pop Finance«, sociologist Brooke Harrington makes good this omission. Examining the social context in which financial decision-making takes place, Harrington offers a very interesting and refreshing alternative to the standard accounts of stock market dynamics presented by economics and finance. At a time when faith in economic models based on the premise of rational, self-interested individuals is increasingly waning, Harrington's book challenges their core assumptions.

Harrington's research is motivated by the massive increase in investment activity in the United States over the last twenty years. While financial investment was considered a rich man's game in the decades following the Great Depression, during the 1990s the buying and selling of stocks turned into a mass phenomenon, involving more than 50 percent of American adults (p. 12). Investment clubs have played a major role in the rise of »popular finance,« since most private investors are members of such organizations. With a view to understanding the social underpinnings of stock markets, consequently, Harrington examines decision-making processes in investment clubs, employing the conceptual and analytical tools of economic sociology. As formal associations for consultation and discussion of financial decisions, Harrington finds that investment clubs provide an interesting arena for scholarly observation in which decision-making processes in

finance are made transparent (p. 6). Ambitiously, she addresses a wide variety of issues within the framework of her investigations, including the social construction of value and identity, the role of gender in finance, and the concept of »social capital,« as well as policy concerns. Harrington's study is well grounded empirically, but sometimes it seems to overload its theoretical apparatus with too many issues.

»Pop Finance« begins with a historical contextualization of the phenomenon of investment clubs. The historical perspective suggests that »investment clubs are not a fad but part of a recurrent social response to new economic opportunities and demand« (p. 31). Harrington views the rise of investment clubs up until the 1990s as a response to political decisions made in the context of considerable demographic changes from the mid-1970s, when corporations began to shift the risk and responsibility of retirement savings to employees. In order to secure their income once they were no longer able to participate in the labor market, people increasingly turned to the stock market, as conditions for private investment and the formation of investment associations became easier. Particularly interesting in this context is the connection Harrington makes between the changes in American investment behavior and the concepts of »ownership society« and »shareholder democracy,« in terms of which investment becomes a part of the American identity (pp. 11). The connection between identity and value creation of stocks is also made in these terms. Overwhelmed by multiple opportunities, all of which necessarily involve a great deal of uncertainty because they are based on predictions about the future, »investors rely on social identity and social interaction to create mental maps of the stock market« (p. 47). These established links bring to the fore intriguing questions about the myriad relationships between the political economy of finance, democracy, and the central role that narratives play in financial investment.

In the second part of the book, Harrington takes her finding that social interaction influences investment decision-making through the creation of identity and value a step further. She analyzes how the composition of groups in investment clubs, on the one hand, and the way in which information is used in group processes, on the other hand, impact on investment performance. While it remains unclear why the social category of diversity is limited to measuring heterogeneity in terms of sex and age and how far a distinction between sex and gender is acknowledged, Harrington's findings on the »diversity premium« suggest interesting implications. Group heterogeneity impacts on investment performance in positive ways, the more decision-making processes in the group »can withstand the numerous forces pushing members toward conformity of opinion« (p. 138). As the results demonstrate, because of social interaction dynamics, investment clubs underperform the market most of the time (p. 181). Besides advancing the research area of the sociology of organizations, the findings hence have interesting policy implications. Harrington also highlights the critical role of

the mooted privatization of social security, thereby managing to broaden the focus of her study to add a political dimension to relations between economy and society.

On the basis of detailed long-term observations, supplemented by extensive survey data, the book represents a remarkable source for understanding the complex environment of competing logics which drive financial decisions in investment clubs. However, the application of these results to explanations of the stock market as a whole or even financial markets in general, which Harrington formulates at points (for example, p. 144), can be questioned from a methodological point of view. Nonetheless, »Pop Finance« convincingly highlights the nature of the relationship between society and economy. »Markets are not merely embedded in social relations; they are social relations.« (p. 144) One implication of Harrington's empirical observations is that the concept of methodological individualism in standard economic models is not sustainable. The core assumption about rational, self-centered individuals who, faced with given sets of alternatives for which they know the probability distributions of outcomes, choose the option which maximizes their gains and minimizes their losses, is utopian (p. 192). The hollowness of economic wishful thinking based on this grand assumption echoes in the current crisis.

*Henrike Allendorf,  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*